

Für einen starken Wirtschaftsstandort Schweiz



Nationalrat Toni Bortoluzzi
Affoltern am Albis (ZH)

- Weniger Steuern,
Abgaben und Gebühren
- Ja zu Eigenverantwortung,
Innovation und Leistungsbereitschaft
- Nein zu immer mehr Bürokratie
und staatlichen Eingriffen



**Schweizer
Qualität** 

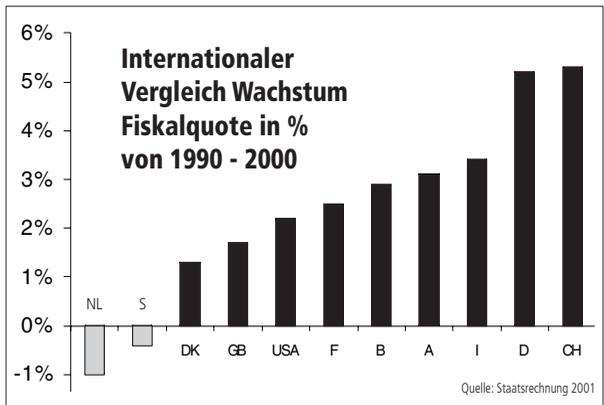
Schweizerische Volkspartei
Brückfeldstrasse 18, Postfach
3000 Bern 26
Tel 031 302 58 58 / Fax 031 301 75 85
www.svp.ch / gs@svp.ch
PC - Konto 30-8828-5

Nein zu immer mehr Steuern, Abgaben und Gebühren

Die Staatsausgaben sind in den 90er Jahren fast doppelt so schnell gewachsen wie die Gesamtwirtschaft: Der Staat braucht immer mehr Geld. Das heisst: immer mehr Steuern und Zwangsabgaben. Die Belastung durch Steuern, Abgaben und Gebühren ist so in der Schweiz viel stärker angestiegen als in jedem anderen vergleichbaren Land.



Nationalrat
Peter Spuhler
Bussnang (TG)



Diese Erhöhung der Staats- und Fiskalquote hat die internationale Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft der Schweiz enorm geschwächt. Die staatliche Defizitwirtschaft bremst das Wirtschaftswachstum und belastet insbesondere Gewerbe und Industrie. Entsprechend sind auch die öffentlichen Finanzen in einem katastrophalen Zustand. Die Schulden von Bund, Kantonen und Gemeinden haben sich in den letzten 10 Jahren mehr als verdoppelt und betragen inzwischen über 215 Milliarden Franken. So kann es nicht weitergehen!

Steuersenkungen sind dringender denn je: Einerseits, um die Wirtschaft zu entlasten und Wachstum zu ermöglichen - andererseits, um den Staat zur Ausgabendisziplin zu zwingen. Insbesondere gilt es, gezielte Erleichterungen für die KMU anzustreben, denn diese stellen mit 7 von 10 Arbeitsplätzen das Rückgrat unserer Wirtschaft dar.

Nein zum EU-Beitritt - Ja zum Finanzplatz Schweiz

Ein EU-Beitritt der Schweiz würde nebst dem Verlust von demokratischen Mitsprachemöglichkeiten auch massive Nachteile für den Wirtschafts- und Finanzplatz Schweiz bringen. Deshalb fordert die SVP, dass der Bundesrat das EU-Beitrittsgesuch der Schweiz umgehend zurückzieht.



Nationalrat
Dr. Christoph Blocher
Herrliberg (ZH)

Ein EU-Beitritt würde zu einem weiteren massiven Anstieg der Staatsquote führen und hätte die Aufgabe der unabhängigen Geld- und Währungspolitik wie auch die Aufhebung des Bankkundengeheimnisses zur Folge. Die „Zinsinsel Schweiz“ wäre eine Legende. Massive Steuererhöhungen würden unserem Wirtschaftsstandort schaden: Mit einem EU-Beitritt müsste die Mehrwertsteuer auf mindestens 15% erhöht werden. Hinzu kämen jährliche Beitragskosten von 3 bis 4 Mia. Franken. Deshalb ist für die SVP klar: Der EU-Beitritt der Schweiz ist entschieden abzulehnen.

Trotz harter internationaler Konkurrenz bei der Vermögensverwaltung bleibt der Bankensektor ein zentraler Wirtschaftszweig der Schweiz: In kaum einem Land nehmen die Banken eine so wichtige Stellung ein wie in der Schweiz. Der Wertschöpfungsanteil der Banken beträgt in Zürich rund 15%, für den Tessin bzw. die Genferseeregion rund 13-14% (London: 13% / New York: ca. 12%). Ein funktionierender Bankenplatz ist von grosser volkswirtschaftlicher Bedeutung, denn Private und Banken (und nicht der Staat) sollen den Unternehmen - insbesondere den KMU - Risikokapital in Form von Krediten zur Verfügung stellen.

Die SVP setzt sich ein für eine Stärkung des Finanz- und Wirtschaftsplatzes Schweiz. Nur tiefe Steuern verhindern den Kapitalabfluss von einem Land in ein anderes. Deswegen lehnt die SVP die Schaffung einer Zahlstellensteuer entschieden ab: So würde die europäischen Steuerhoheit auf die Schweiz ausgedehnt. Das Bankkundengeheimnis ist in der Verfassung zu verankern.

Eigenverantwortung statt staatliche Überreglementierung

Die Wirtschaft braucht freiheitliche Rahmenbedingungen, um Arbeitsplätze zu schaffen und Wohlstand zu ermöglichen. Nur so können ein funktionierendes soziales Netz gesichert und ein wirksamer Schutz unserer Umwelt finanziert werden.

Gute Rahmenbedingungen für einen international attraktiven Wirtschaftsstandort zeichnen sich aus durch tiefe Steuern, Abgaben und Gebühren, durch wenige aber klare Gesetze, schnelle Verfahrensabläufe und grosse unternehmerische Freiheit. Die Verantwortung der Unternehmer und Gewerblere steht an erster Stelle. Die Sozialpartnerschaft, welche auf dieser Verantwortung basiert, hat uns während Jahrzehnten Erfolg und Stabilität gebracht.

Die SVP lehnt die ständig wachsende Gesetzesflut und die überbordende staatliche Bürokratie ab. Der staatlich bedingte Administrativaufwand für die KMU hat sich in den letzten 15 Jahren fast verdoppelt (z.B. Überzeitreglementierung, Statistikaufwand, Umweltschutzbestimmungen). Dies ist für einen Gewerbebetrieb unzumutbar. Der administrative Aufwand soll auf ein Minimum beschränkt werden, um Neugründungen von Betrieben zu ermöglichen.

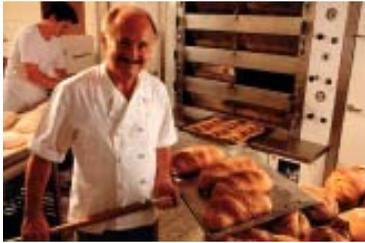
Die Erhaltung einer leistungsfähigen Wirtschaft gehört zu den vordringlichen Zielen der SVP. Deswegen muss die Bürokratie in allen Bereichen zurückgedämmt werden: Die SVP wehrt sich gegen die unkontrollierte Aufblähung der Verwaltung und des Staatshaushaltes.



**Nationalrat
Dr. J. Alexander Baumann
Kreuzlingen (TG)**

Schweizer Qualität statt billige Massenproduktion

Die Schweizer Wirtschaft kämpft seit Jahren mit einem unterdurchschnittlichen Wachstum. Leistung muss sich wieder lohnen und darf nicht vom Staat abgesahnt werden. Kürzere Fristen, weniger Einsprachemöglichkeiten und tiefere Zwangsabgaben sind wichtige Rahmenbedingungen für den angestrebten Aufschwung.



Nationalrat
Christian Speck
Oberkulm (AG)

99,7% der Unternehmen in der Schweiz beschäftigen weniger als 250 Mitarbeiter. Diese KMU stellen zusammen 7 von 10 Arbeitsplätzen. Über 40% aller Unternehmen der Schweiz sind Einpersonenerunternehmen. Demgegenüber beschäftigen die 766 Grossunternehmen (0,3% aller Unternehmen) gegen 30% aller Arbeitskräfte.

Unsere kleinstrukturierte, stabile Wirtschaft hat uns - z.B. im Vergleich mit der EU - in den 90er Jahren vor grosser Arbeitslosigkeit bewahrt. Die Schweizer Wirtschaft basiert nicht auf Massenproduktion. Sie stützt sich auf hochqualifizierte Arbeit und gut ausgebildete Arbeitskräfte. Um auf dem internationalen Markt bestehen zu können, muss die Schweizer Wirtschaft die Konkurrenz in Bezug auf die Qualität der Produkte klar übertreffen. So zeigt sich etwa in der Tourismusbranche deutlich, dass die Schweiz nur wettbewerbsfähig ist, wenn sie eine bessere Qualität in Angebot und Service anbietet: Der Tourismus ist stark abhängig von Währung, Wirtschaftslage und Wetter - deshalb ist das Label „Schweizer Qualität“ hier von besonderer Bedeutung.

Der Wirtschafts- und Werkplatz Schweiz ist durch die traditionellen Stärken unseres Landes attraktiv geworden: Zuverlässigkeit, Genauigkeit, Pünktlichkeit, ein hohes professionelles Know-How, wirtschaftliche und politische Stabilität sowie die Integrität der Banken und Unternehmungen. Auf diese Werte setzt die SVP.

Bessere Rahmenbedingungen für die KMU

Die SVP-Unternehmer setzen sich mit Nachdruck für eine Senkung der Steuern und Zwangsabgaben und einen ausgeglichenen Finanzhaushalt ein. Sie bekämpfen die zunehmenden Staatsinterventionen. Zur Stärkung des Wirtschafts- und Arbeitsplatzes Schweiz und zur Förderung der Investitions- und Innovationstätigkeit der Unternehmer fordert die SVP insbesondere:



**Nationalrat
Hansruedi Wandfluh
Frutigen (BE)**

- Die Gewinne, die in ein Unternehmen reinvestiert werden, sind einem 50% günstigeren Steuersatz zu unterstellen.
- Senkung der Abgaben, Gebühren und Steuern bei Liquidation bzw. Nachfolgeregelungen. Die Erbschafts- und Schenkungssteuer ist abzuschaffen.
- Eine Verdoppelung der Umsatzgrenze bei der Mehrwertsteuerpflicht.
- Weniger staatliche Auflagen und Reglementierungen, insbesondere für die KMU.
- Eine substanzielle Reduktion des administrativen Aufwands für KMU.
- Eine deutliche Senkung der Unternehmensgewinnsteuer.
- Die Aufhebung der steuerlichen Doppelbelastung des Aktionärs und der gewinnausschüttenden Unternehmung.
- Keine Erhöhung der Lohnabgabeprozente für die diversen Sozialwerke.
- Vereinfachung der Abschreibungspraxis für geringe Investitionen. Die Abschaffung der Revisionspflicht für Kleinstunternehmungen.
- Die Abschaffung des Verbandsbeschwerderechtes.